



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner AfD**
vom 06.04.2021

Abfrage von Ordnungswidrigkeitenverfahren in der Stadt Landshut

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie viele Ordnungswidrigkeiten sind im Kontext der Corona-Pandemie zwischen dem 01.04.2020 und dem 31.03.2021 in der kreisfreien Stadt Landshut zur Anzeige gebracht/verfolgt worden (bitte nach Monat aufschlüsseln)? ... 2
2. Wie viele der vorbezeichneten Ordnungswidrigkeitenverfahren sind bereits rechtskräftig abgeschlossen (bitte nach Monat aufschlüsseln)? 2
3. Wie viele der vorbezeichneten Ordnungswidrigkeitenverfahren wurden eingestellt (bitte nach Monat aufschlüsseln)? 2
4. Wie viele der vorbezeichneten Ordnungswidrigkeitenverfahren befinden sich noch im Verfahrensgang der zuständigen Verwaltungsbehörde? 2
5. Wie viele der vorbezeichneten Ordnungswidrigkeitenverfahren sind bei Gericht anhängig? 2
6. Wie hoch ist die Gesamtsumme der bisher im Kontext der Corona-Pandemie erlassenen Bußgeldbescheide in der kreisfreien Stadt Landshut (bitte nach Monat aufschlüsseln)? 2
7. Wie hoch ist die Gesamtsumme der bisher im Kontext der Corona-Pandemie rechtskräftigen Bußgeldbescheide (bitte auch nach Monat aufschlüsseln)? 2

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Antwort

des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
vom 29.04.2021

1. **Wie viele Ordnungswidrigkeiten sind im Kontext der Corona-Pandemie zwischen dem 01.04.2020 und dem 31.03.2021 in der kreisfreien Stadt Landshut zur Anzeige gebracht/verfolgt worden (bitte nach Monat aufschlüsseln)?**
2. **Wie viele der vorbezeichneten Ordnungswidrigkeitenverfahren sind bereits rechtskräftig abgeschlossen (bitte nach Monat aufschlüsseln)?**
3. **Wie viele der vorbezeichneten Ordnungswidrigkeitenverfahren wurden eingestellt (bitte nach Monat aufschlüsseln)?**
4. **Wie viele der vorbezeichneten Ordnungswidrigkeitenverfahren befinden sich noch im Verfahrensgang der zuständigen Verwaltungsbehörde?**
5. **Wie viele der vorbezeichneten Ordnungswidrigkeitenverfahren sind bei Gericht anhängig?**

Vonseiten des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration erfolgte zuletzt eine Abfrage bei allen Kreisverwaltungsbehörden zu den festgestellten Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie für den Zeitraum 21.03.2020 bis 15.03.2021.

Bei der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde gingen für die Stadt Landshut in dem genannten Zeitraum 2 388 Ordnungswidrigkeitenanzeigen ein. Aufgrund dieser Anzeigen wurden 964 Bußgeldbescheide erlassen und 43 Verfahren eingestellt. Zum Zeitpunkt der Abfrage waren noch 1 381 offene Anzeigen bei der Kreisverwaltungsbehörde zu bearbeiten. Unabhängig von diesen noch offenen Anzeigen wurden gegen 52 Bescheide Rechtsmittel eingelegt. Inwieweit diese Verfahren bereits bei Gericht anhängig sind, war nicht Gegenstand der Abfrage.

Um eine monatliche Aufschlüsselung der einzelnen Punkte zu übermitteln, wäre eine detaillierte Abfrage bei der Kreisverwaltungsbehörde erforderlich, die mit einem nicht vertretbaren Arbeitsaufwand verbunden ist und zu einer Beeinträchtigung der Erledigung dringender Vollzugsaufgaben führen würde.

6. **Wie hoch ist die Gesamtsumme der bisher im Kontext der Corona-Pandemie erlassenen Bußgeldbescheide in der kreisfreien Stadt Landshut (bitte nach Monat aufschlüsseln)?**
7. **Wie hoch ist die Gesamtsumme der bisher im Kontext der Corona-Pandemie rechtskräftigen Bußgeldbescheide (bitte auch nach Monat aufschlüsseln)?**

Zuständig für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten sind gemäß Nr. 3 des jeweils gültigen Bußgeldkatalogs die Kreisverwaltungsbehörden. Gemäß Art. 7 Abs. 2 Nr. 5 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) werden vereinnahmte Geldbußen (und Verwargelder) den Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen vollständig überlassen, soweit dort der Verstoß stattfand und geahndet wurde. Eine konkrete Verwendung bzw. Zweckbindung ist nicht vorgegeben, die Kommunen können die „überlassenen Geldbußen“ eigenverantwortlich einsetzen.

Eine Aufstellung o. Ä. über die Höhe der Bußgelder liegt nicht vor. Von einer Abfrage bei den Landratsämtern bzw. Gemeinden wird abgesehen, weil dies – vor dem Hintergrund zahlreicher ähnlicher, zeitlich gestaffelter und auf eine Vielzahl von Landkreisen und kreisfreien Städten bezogener Anfragen – mit einem insgesamt nicht vertretbaren Arbeitsaufwand für die Vollzugsbehörden und die Kommunen verbunden wäre.